



**Leitantrag ÖAAB Wien
zum 26. ordentlichen Landestag
Sicherheit. Wohlstand. Zukunft.**

Leitantrag ÖAAB Wien

Sicherheit. Wohlstand. Zukunft.

Inhalt

Inhaltsverzeichnis	0
Leitantrag ÖAAB Wien.....	1
Sicherheit. Wohlstand. Zukunft.....	1
Präambel.....	2
Grundsätze des ÖAAB	4
Kunst und Kultur	6
Medien.....	6
Wohnen	7
Integration.....	8
Familien	9
Jugend.....	10
Arbeit mit Zukunft	11
Pflege	15
Gesundheit	18
Sport.....	20
Menschen mit Behinderung	21
Pensionen.....	24
Bildung.....	25
Digitalisierung	28
Chancengleichheit für Frauen.....	29
Mobilität und Nachhaltigkeit.....	32
Umwelt	32
Verkehr	34
Sicherheit, Recht & Verfassung.....	35
Verfassung.....	35
Rechtsstaat.....	36
Sicherheit.....	38
Landesverteidigung.....	40
Europa und Regionen.....	42

Präambel

Gute Politik entsteht nicht allein am grünen Tisch – Menschenwürdige Arbeitsbedingungen kann nur schaffen, wer die Arbeitswelt und die Lebensrealitäten kennt.

1. Der Österreichische Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbund (ÖAAB) ist eine christlich-soziale Bewegung, die glaubwürdige Ideen und Perspektiven für eine bessere Gesellschaft vertritt.

Werte wie jene der Freiheit, der Eigenverantwortung, der Selbstbestimmung und der persönlich gelebten Solidarität sind der Kompass unserer politischen Arbeit. Eine erfolgreiche christlich-soziale Politik orientiert sich immer an der aktuellen Lebenswirklichkeit der Menschen, denn wir setzen nicht auf Ideologien. Wir wollen, dass jede und jeder die Freiheit und die Chancen hat, sich durch Arbeit und Bildung im Leben etwas aufzubauen. Ausgehend von diesem Fundament müssen wir aber auch Antworten auf neue Herausforderungen unserer Zeit geben – Herausforderungen, die mit den Stichworten Digitalisierung, demografische Entwicklung und Globalisierung zwar angedeutet, aber nur unzureichend beschrieben werden. In einer Welt des Wandels reichen alte Konzepte nicht mehr aus. Wir brauchen ein neues Denken in allen Bereichen der Sozialpolitik. Die Globalisierung und die Bevölkerungsentwicklung erfordern eine positive Kultur der Arbeit und des Arbeitens, des Alters und des Alterns. Globale Herausforderungen verlangen auch nach lokalen Lösungen. Der ÖAAB gestaltet Politik auf Grundlage des christlichen Menschenbildes und der christlichen Soziallehre. Er steht für Soziale Marktwirtschaft und Sozialpartnerschaft.

2. Der ÖAAB ist die DNA der neuen Volkspartei. Er vertritt innerhalb der Partei die Arbeitnehmerinteressen.

Der ÖAAB versteht sich als Denkwerkstatt und Ideenfabrik. Seit jeher ist der ÖAAB das soziale Gewissen der Volkspartei. Gerade darum ist es wichtig, die Bedürfnisse der Menschen zu erkennen und sich daran zu orientieren. Im Mittelpunkt unserer Arbeit steht immer der Mensch als Individuum.

3. Der ÖAAB nimmt Einfluss auf die Willensbildung innerhalb der neuen Volkspartei – in den Gremien der Partei und im Dialog mit ihren Entscheidungsträgern.

Die dem ÖAAB angehörenden kommunalen Mandatsträger und Abgeordneten, Amtsträger und Minister wirken an den Entscheidungen der Fraktionen und Parlamente – vom Gemeinderat bis zum Europäischen Parlament – an der Gesetzgebung und am Regierungshandeln mit.

4. Der ÖAAB ist die Brücke der neuen Volkspartei zu den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Von der vergangenen Nationalratswahl 2019 wissen wir, dass ungefähr eine Million der arbeitenden Menschen die neue Volkspartei gewählt haben, dieses Potenzial müssen wir auch weiterhin nützen, und die Botschaften und unsere Politik der neuen Volkspartei entsprechend verbreiten.

5. Der ÖAAB ist in den Gewerkschaften und den gesetzlichen Arbeitnehmervertretungen verankert.

Aus der Geschichte wissen wir: Gute Arbeitsbedingungen lassen sich am besten durchsetzen, wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über Grenzen der Weltanschauung hinweg gemeinsam für sie kämpfen.

6. Der ÖAAB ist in den Betrieben verankert.

Der ÖAAB lebt vom Engagement seiner Betriebsgruppen, seiner Betriebsräte und Personalvertretern. Sie alle wissen, wo die Kolleginnen und Kollegen vor Ort der Schuh drückt, und bringen dieses Wissen in die Arbeit des ÖAAB, und damit in die Arbeit der neuen Volkspartei, ein – und zugleich informieren sie die Kolleginnen und Kollegen über die Politik der neuen Volkspartei.

7. Der ÖAAB wirkt in die Gesellschaft hinein – mit Kampagnen und Aktionen.

Er leistet politische Bildungs- und Aufklärungsarbeit; er wirbt in der Öffentlichkeit für seine Anliegen und schafft Bewusstsein für menschenwürdige Arbeit und Gerechtigkeit, für Solidarität und Nachhaltigkeit.

8. Der ÖAAB ist das politische Netzwerk der Christlich-Sozialen.

Er bietet die Möglichkeit, auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen und sich mit Entscheidungsträgern aus Politik, Gewerkschaften und Betrieben auszutauschen und sich zu vernetzen.

Grundsätze des ÖAAB

Die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichberechtigung, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte gehören zu diesem Fundament. Unsere historischen Erfahrungen und diese Werte sind die Grundlage für unsere österreichische Identität, unsere Kultur und unser Lebensmodell.

Als ÖAAB wollen wir diese Identität bewahren und sicher in die Zukunft bringen. Daraus leiten wir die Kernwerte unseres politischen Denkens und Handelns ab: Freiheit, Verantwortung, Nachhaltigkeit, Leistung, Solidarität, Subsidiarität und Gerechtigkeit. Als christlich-soziale Gesinnungsgemeinschaft steht für uns der Mensch im Mittelpunkt. Dafür treten wir ein, das unterscheidet uns von politischen Mitbewerbern.

Aus diesem Grund bekennen wir uns zu folgenden Aussagen:

- Alle Menschen sind einzigartig, und **gleich an Wert und Würde** geschaffen. Wir sind als Geschwister füreinander verantwortlich. Als Mann und Frau sind wir unterschiedlich, aber gleich an Würde und Rechten. Sexismus und Rassismus lehnen wir entschieden ab
- **Arbeit** ist für uns eine spezifisch menschliche Art, die Welt zu gestalten. Arbeit ist keine Last, sondern Grundlage für Unabhängigkeit und ein erfülltes Leben. Wir haben ein positives Bild der Arbeit und der arbeitenden Menschen. Jedem Menschen, der arbeiten kann, soll es ermöglicht werden zu arbeiten. Arbeit ist das beste Mittel, um der Armut vorzubeugen.
- **Leistung muss sich lohnen.** Von einem Vollzeitgehalt müssen sowohl die Arbeitnehmerin bzw. der Arbeitnehmer als auch eine Familie leben können. Wohnraumschaffung, Vermögensbildung und Alterssicherung müssen durch Arbeit möglich sein. Gerechtigkeit heißt auch, dass wir jene, die viel für unser Land leisten, entsprechend entlasten. e. Österreich ist ein sozialer

Wohlfahrtsstaat und das soll sich auch nicht ändern. Unser Grundsatz dabei ist klar: Wir helfen als Gesellschaft, wenn es jemand braucht, aber nur solange es nötig ist.

- Wir wollen ein Altern in Würde ermöglichen. Für uns gilt: Pension und Altersversorgung sind Alterslohn für Lebensleistung
- Wir bekennen uns zur **Ökosozialen Marktwirtschaft**, die größtmögliche Freiheit im Handeln innerhalb ökologischer und sozialer Rahmenbedingungen vorsieht.
- Die Arbeitnehmerin bzw. der Arbeitnehmer **ist Subjekt, nicht Objekt**, man gestaltet das Leben eigenverantwortlich und ist gesellschaftliche Mitgestalterin bzw. gesellschaftlicher Mitgestalter. Damit ist man Ermöglicher und Nutznießer von Subsidiarität. Wir stehen für die größtmögliche Selbstbestimmung und Eigenverantwortung des Individuums und der Familie sowie Mitbestimmung auf betrieblicher Ebene. Wir arbeiten nicht mit Feindbildern und nicht gegen die Unternehmer, sondern mit ihnen: Beide Seiten profitieren davon, wenn es dem anderen gut geht. Beide Seiten gehen vom guten Willen des anderen aus, was die Vertrauensbasis stärkt.
- **Familie ist der Grundbaustein der Gesellschaft.** Das Wohl der Kinder hat Vorrang vor allen anderen Interessen. Wir wollen, dass es mehr Familien in Österreich gibt und dass es in den Familien mehr Kinder gibt. Es kommt darauf an, dass die Politik Prioritäten für Kinder und Familien setzt. Familien brauchen Zeit, Geld und Infrastruktur. Dafür setzt sich der ÖAAB in allen Bereichen und auf allen Ebenen ein.
- Wir leben in einer **globalen** Welt. Europäische Zusammenarbeit, internationale Wirtschaftsverflechtungen und Migrationsbewegungen verändern auch unsere Arbeitswelt von Grund auf. Als überzeugte Europäerinnen und Europäer gestalten wir auf europäischer Ebene engagiert mit. Die kulturelle, regionale und historische Vielfalt Europas erleben wir als Bereicherung. Wir unterstützen europäische Integration, ohne die Menschen durch Überregulierung oder eine Sozialunion zu überfordern.
- **Aus der Pandemie sollen wir gestärkt hervorgehen.** Wir wollen international mit einer geringen Arbeitslosigkeit und als attraktiver Wirtschafts- und Arbeitsstandort reüssieren. Die Politik muss sich für die Attraktivierung des Standortes und für den Schutz von Arbeitsplätzen einsetzen, unter

Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit. Wir wollen niemanden zurücklassen: bestmögliche Bildung, Aus-, Fort- und Weiterbildung sind dafür Imperative.

Kunst und Kultur

Kaum ein anderer Bereich spiegelt die Gesellschaft so gut wider wie Kunst und Kultur. Das hat nicht zuletzt auch die Corona-Pandemie gezeigt. Wir verstehen Kunst und Kultur als perspektivenerweiternd und identitätsstiftend. Freiheit und Vielfalt von Kunst und Kultur sind Grundlage und wesentliche Voraussetzung für unsere Gesellschaft. Kulturausgaben sind deshalb auch nachhaltige Investitionen in Kreativität und Innovation, fördern den Ideenreichtum. Wien lebt von seinem Ruf als Kulturstadt.

Maßnahmen:

- Unterstützungsmaßnahmen für Kunst und Kultur im Wiederaufbau nach der Pandemie
- Ausbau der bestehenden Förderungen für Tätige in Kunst und Kultur
- Fair Pay für in Kunst und Kultur Tätige
- Förderung des Musikunterrichts in Schulen
- Kultur als Tourismusmagnet erhalten
- Erhalt der Kulturstätten

Medien

Ein demokratischer Rechtsstaat fußt auf Grundrechten wie der Meinungs- und Informationsfreiheit. Medien erfüllen als sogenannte vierte Gewalt im Staat eine wichtige Aufgabe in unserer Demokratie. Demokratische Öffentlichkeit ist unabdingbar verbunden mit einer pluralistischen, freien und unabhängigen Medienlandschaft, welche die Bürgerinnen und Bürger angemessen über gesellschaftliche und politische Vorgänge informiert und damit eine wichtige Grundlage für den demokratischen Diskurs schafft. Die Medienbranche befindet sich seit einigen Jahren in einem großen Umbruch – die Digitalisierung und die Globalisierung stellen die Medienwelt vor große Herausforderungen. Dass die Medien ihre Rolle im demokratischen Gesamtgefüge wahrnehmen können, ist die Garantie, frei und unabhängig von staatlichen Einflüssen

arbeiten zu können. Vorrangige Aufgabe einer bürgerlichen Medienpolitik ist es daher, im Sinne gelebter Meinungsfreiheit, Vielfalt in der Medienlandschaft zu sichern und qualitativ hochwertige Berichterstattung zu ermöglichen.

Maßnahmen:

- Medienkunde in den Lehrplänen verankern – im Kampf gegen Fake News
- Kostenloser Zugang zu Schutzfiltern im Internet
- Verpflichtender Identitätsnachweis in Online-Foren als Maßnahme gegen Hass im Netz
- Ausbau und Stärkung der Ausbildung von Journalistinnen und Journalisten, um objektiven und neutralen Journalismus zu ermöglichen
- GIS-Gebühren zielgerichtet einsetzen

Wohnen

Die Wohnungspreise – sowohl bei Miete als auch bei Eigentum - sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Auch leistbares Bauland wird, besonders in Wien mit seinem erhöhtem Wohnungsbedarf, immer knapper.

Wir wollen das Wohneigentum insbesondere für junge Menschen fördern. Die Eigentumsbildung darf nicht durch zusätzliche Eigentumssteuern erschwert, sondern muss durch Steuer- und Abgabensenkungen unterstützt werden. Das erleichtert das Ansparen von finanziellen Mitteln für den Erwerb von Wohneigentum.

Die Nachfrage nach gemeinnützigen Wohnungen ist in den vergangenen Jahren vor dem Hintergrund steigender Wohnungskosten deutlich gestiegen. Bei der Wohnbauförderung müssen ein wirksamer Einsatz von Förderungsmitteln, soziale Treffsicherheit und eine angemessene Regelung der Rückzahlungsverpflichtungen gewährleistet sein.

Maßnahmen:

- Eigentum schützt vor Armut: Wir wollen Wien zu einer Stadt der Haus- und Wohnungseigentümer machen und entsprechen damit auch den Wünschen der Menschen in unserem Land. Wir setzen uns dafür ein, dass der Erwerb von Eigentum stärker steuerlich berücksichtigt und gefördert wird
- Eigentum ermöglichen: Mietkauf- und Kauf-auf-Raten-Modelle forcieren
- Abschaffung der staatlichen Nebenkosten aufs erste Eigenheim
- Steuerlicher Bonus für Häuslbauer

Integration

Ehrenamt und Vereine sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Wir müssen diese Aktivitäten in den Vereinen stärken und dabei die Menschen integrieren, die zugewandert sind und sich offen für unsere Kultur und unsere Werte zeigen. Wenn Menschen gemeinsam Verantwortung für eine gemeinsame Sache übernehmen, bauen sie auch schneller Vorbehalte ab und stellen das Gemeinsame vor das Trennende.

Integrationsvereine können, wenn diese zielgerichtet arbeiten, einen Teil zu einem guten Zusammenleben in unserer Stadt beitragen. In Wien ist dies derzeit jedoch nicht der Fall: Förderungen durch die Stadt werden mit der Gießkanne verteilt. Es gibt keine auf das Ziel der Integration gerichtete Kriterien, nach denen geförderte Vereine, die Mittel von der Stadt Wien zur Verfügung gestellt bekommen, tätig sein müssen oder Mindestanforderungen in ihrer Integrationsarbeit, die sie erfüllen müssen. Das muss geändert werden.

Die Staatsbürgerschaft muss als Produkt gelungener Integration gesehen werden, wir lehnen eine „Staatsbürgerschaft Light“ ab. Wer in Wien wohnt, muss im täglichen Leben unsere Werte hochhalten und leben, dazu zählt auch das Respektieren der Gleichstellung von Mann und Frau, auch vor allem im Bereich von Lehrerinnen oder dem Zugang zu Arbeitsplätzen für die eigene Frau.

Maßnahmen:

- Schaffung von zielgerichteten Kriterien für Integrationsvereine
- Integration fördern und fordern – die Staatsbürgerschaft als Produkt gelungener Integration

Familien

Die erste und wichtigste Gemeinschaft für Menschen ist die Familie. Sie ist das Wichtigste im persönlichen Werdegang eines Menschen und das Wichtigste für ein Land, um die Zukunft zu sichern. Familie ist Ort prägender Ersterfahrungen und verdient die bestmögliche Unterstützung durch Politik und geeignete Rahmenbedingungen. Diese sollen den Menschen ermöglichen, ihr Familienleben so zu gestalten, wie es ihren Wünschen entspricht. Familienfreundlichkeit ist nicht nur eine Frage von sozialer Verantwortung, sondern von elementarer Bedeutung für den Wirtschafts-, Lebens- und Zukunftsstandort.

Die Arbeitswelt muss so gestaltet sein, dass ausreichend Zeit für das Familienleben übrig ist. Der Arbeitsverdienst muss so gestaltet sein, dass er Basis der Finanzierung eines guten Familienlebens sein kann. Familie und Beruf dürfen weder theoretisch noch praktisch in einem Gegensatz stehen: Wir wollen Wahlfreiheit ermöglichen und respektieren die persönliche Entscheidung der Lebensgestaltung: die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie ein Lebensabschnitt, in dem sich Familien mit Kindern - in ihren vielfältigen Formen und Konstellationen - ganz diesen widmen, sind Anforderungen, die wir unterstützen und durch unsere Politik ermöglichen wollen. Wir wollen familienbedingte Teilzeit als Ausdruck der freien Lebensgestaltung unterstützen und negative Konsequenzen auf die Pension durch geeignete Maßnahmen abfedern. Familienbedingte Teilzeit ist ein Dienst an der Gesamtgesellschaft. Wir wollen das honorieren und verhindern, dass dies zu Altersarmut führt.

Maßnahmen:

- Familien brauchen Geld: Stärkere Berücksichtigung der Familien im Steuersystem wie beim Familienbonus Plus
- Familien brauchen Zeit: Arbeitswelt an die Bedürfnisse von Familien anpassen
- Familien brauchen Infrastruktur: Flächendeckender und adäquater Ausbau von Kinderbetreuung
- Familien brauchen Infrastruktur: Förderungen für die Errichtung von Betriebskindergärten ausbauen
- Familien brauchen Infrastruktur: Ausbau der Sommerferien-Betreuung
- Elternbildung und pädagogische Beratung ausbauen

Jugend

Jugendpolitik versteht sich als Querschnittsmaterie und betrifft alle politischen Handlungsfelder gleichermaßen. Um diesen Anforderungen zu entsprechen, müssen wir nicht nur Politik für junge Menschen machen, sondern Jugendliche an den Tisch holen und mit ihnen Forderungen diskutieren und Lösungen erarbeiten.

Als ÖAAB bekennen wir uns klar zum Leistungsgedanken. Dabei müssen wir immer bedenken, dass wir nur gemeinsam heute an morgen denken können. Dazu gehört auch die Überprüfung von staatlichen Ausgaben und deren Wirkung für kommende Generationen. Mit einem „GenerationenBudgeting“ können nachhaltig Auswirkungen für die Jugend als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Morgen beleuchtet werden. Dabei setzt sich der ÖAAB ganz klar für die Schaffung verschiedener Institutionen ein, in denen junge Menschen politische Forderungen artikulieren und beschließen.

Unsere Aufgabe ist es, der Solidarität zwischen Generationen gerecht zu werden und die Jugend sowie ihre Anliegen in all unseren Entscheidungen zu berücksichtigen.

Maßnahmen:

- Gezielte Förderung von jungen Menschen ohne Abschluss
- Work-Life-Balance auch für junge Menschen in Ausbildung
- Faire Bezahlung und faire Voraussetzungen
- Wohnraum als Starthilfe für junge Menschen
- Mehr Psychotherapieplätze für Junge
- Begeisterung von jungen Menschen für den Lehrberuf
- Junge sollen sich politisch beteiligen können
- Kinderarmut mit Sachleistungen bekämpfen

Arbeit mit Zukunft

Die Arbeitswelt unterlag schon immer einem Wandel. Seit ungefähr 250 Jahren macht sich dieser Wandel besonders bemerkbar: Mit der Erfindung und der Weiterentwicklung der Dampfmaschine setzte dieser Wandel ein. Digitalisierung, Robotisierung und Automatisierung sind Facetten des technischen Wandels, die sich auf vielfältige Weise auf die Arbeit selbst und auf den Arbeitsmarkt auswirken. Oftmals werden Produkte nicht mehr von Hand hergestellt, sondern mehr Maschinen kommen zum Einsatz.

Neben der technischen Entwicklung stellt uns auch der demografische Wandel vor große Herausforderungen. Diese betreffen uns, unsere Familien, die Gesellschaft, die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt, den Sozialstaat und das Verhältnis zwischen Jung und Alt. Um den Ansprüchen einer veränderten Bevölkerungsstruktur zu genügen und den Menschen jeden Alters politische, ökonomische und soziale Teilhabe zu ermöglichen, braucht es ein Miteinander von Jung und Alt, das Prinzip Generationenvertrag und eine Politik der Generationengerechtigkeit.

Auch die Globalisierung prägt unseren Alltag. Wir leben in einer weltweit vernetzten Informations- und Wissensgesellschaft und kommunizieren und kooperieren mit Menschen rund um den Globus. Internationale Handelsbeziehungen sind ein fester Bestandteil nationaler Wirtschaftspolitiken. Migrationsströme vervielfachen Begegnungen im Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft.

Ebenso verändert sich das Verhältnis zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite fundamental. Früher versprach die Arbeitgeberseite Sicherheit und einen lebenslangen Arbeitsplatz und die Arbeitnehmerseite Einsatz und Treue für das ganze Berufsleben. Das gehört weitgehend der Vergangenheit an. Heute handelt es sich oftmals um ein Verhältnis auf Zeit, das eine entsprechende Flexibilität von der Arbeitnehmerin bzw. vom Arbeitnehmer verlangt, gleichzeitig aber auch den Arbeitgeber fordert, Möglichkeiten zur Weiterentwicklung zu bieten.

Durch die rasante technische Entwicklung und die Veränderung der Arbeitswelt ist es für einen Großteil der Menschen erforderlich, sich mehrmals im Leben für neue Tätigkeiten zu entscheiden und zu qualifizieren. Es wechseln sich Angestelltenverhältnisse, Selbstständigkeit, freiberufliche Projektarbeit und temporäre Erwerbslosigkeit ab. Neue Beschäftigungsformen entstehen, ebenso wie eine neue „Kultur der Selbstständigkeit“.

Je schneller sich die Arbeitswelt verändert, desto wichtiger wird die Aus- und Weiterbildung. Ausbildung endet nicht mit der Schule bzw. mit der Lehrzeit. Lebensbegleitendes Lernen muss zur Selbstverständlichkeit werden. Es ist daher unerlässlich, die Inanspruchnahme von Bildungskarenz zu fördern. Beschäftigte müssen die Möglichkeit haben, sich eine „Auszeit für Bildung“ zu nehmen. Diese „Auszeit für Bildung“ darf indessen kein Eliteprogramm oder Randphänomen sein, sondern muss für jeden - Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber gleichermaßen - ganz selbstverständlich werden.

Wir müssen einen Umdenkprozess einleiten, dass Aus- und Weiterbildung nicht allein Aufgabe der öffentlichen Hand ist. Die Arbeitgeber sind ebenfalls aufgefordert, Menschen auszubilden und weiter zu qualifizieren. Sie müssen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Schulungs- und Trainingsaktivitäten unterstützen und sie zu kontinuierlichem Lernen und Ausbau ihrer Qualifikation motivieren. Zudem muss eine gute Aus- und Weiterbildung auch der bzw. dem zu Bildenden etwas wert sein. Eine Möglichkeit zur Finanzierung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen könnte beispielsweise das Zeitwertkonto bieten.

Auch der Schutz der Arbeitnehmerin bzw. des Arbeitnehmers kann nicht mehr wie in der industriellen Gesellschaft in starre Regeln gefasst werden, sondern muss auf die neuen Gegebenheiten Rücksicht nehmen und die Gefahren für den Menschen

reduzieren. Dies umfasst den Schutz vor Selbstausbeutung bei gleichzeitiger möglichst hoher Selbstbestimmung. Gerade die fortschreitende technische Entwicklung macht eine ständige Erreichbarkeit und permanente Kontrolle der arbeitenden Menschen möglich – und lässt die Trennung zwischen Arbeitsplatz und Privatsphäre sowie zwischen Arbeit und Freizeit unschärfer werden und verschwimmen. Wir wollen den digitalen Wandel aktiv und bewusst gestalten. Denn auch in der digitalen Welt verlangt die Würde des arbeitenden Menschen nach menschengerechter Arbeit.

Für uns als christlich-soziale Arbeitnehmervertretung ist klar: Der Mensch lebt nicht um zu arbeiten, arbeitet nicht nur, um zu leben, sondern findet in der Arbeit einen Teil seiner Selbstverwirklichung. Erwerbsarbeit schafft eine Voraussetzung für ein eigenständiges Leben, sie ermöglicht Menschen einen Platz in der Gesellschaft und stiftet Identität. Der Mensch hat aber neben dem Arbeitsleben das Recht, seine Selbstverwirklichung im Dienst an der Gemeinschaft und im Dienst an der Familie zu verwirklichen. Die Verteilung der persönlichen Zeitressourcen darf ihr bzw. ihm nicht vorgeschrieben werden, sondern soll der persönlichen Planung überlassen sein.

Ein Auskommen mit dem Einkommen ist für uns nicht nur ein Schlagwort. Dem Leistungswillen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat Österreich viel zu verdanken. Doch wenn wir unseren hart erarbeiteten Wohlstand beibehalten wollen, müssen wir die richtige Anreizstruktur aufrechterhalten bzw. schaffen. Leistung muss sich lohnen und darf nicht bestraft werden. Wir müssen dafür sorgen, dass die Lohn- und Einkommenssteuer weiter gesenkt wird; damit mehr Netto vom Brutto bleibt.

Wesentlich für die Zukunft der Arbeit ist auch die Frage der Attraktivierung des heimischen Standorts. Internationale Unternehmen, die sich bei uns ansiedeln wollen und damit neue Arbeitsplätze schaffen, müssen Voraussetzungen vorfinden, die es ihnen ermöglichen, Wertschöpfung zu generieren, gleichzeitig müssen die Rahmenbedingungen so gestaltet sein, dass diese Arbeitsplätze für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch attraktiv sind.

Parallel müssen die heimischen Unternehmen mit steuerlichen Anreizen und Abbau von bürokratischen Hürden von einer Abwanderung abgehalten werden. Eine Senkung der Lohnnebenkosten kann hier genauso eine Stellschraube sein, wie Erleichterungen

bei der Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland mithilfe einer Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte.

Der ÖAAB ist die starke Vertretung aller arbeitenden Menschen – unabhängig davon, in welcher Branche sie tätig sind. Wir wollen für alle arbeitenden Menschen Bildungschancen, anständige Bezahlung, ein soziales Sicherheitsnetz, Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit und die Freiheit, sich zu entfalten. Gleichzeitig dürfen wir nicht auf Kosten unserer Kinder und Enkelkinder leben. Deswegen muss christlich-soziale Politik immer auch nachhaltige Politik sein.

Maßnahmen:

- Arbeitsplätze der Zukunft am Standort Wien sichern

Für uns als moderne Arbeitnehmervertretung ist der Arbeitsplatz der Zukunft

- örtlich flexibel, dank Homeoffice und Co-Working-Spaces dort, wo es geht;
- zeitsouverän, um eine gesunde Work-Life Balance zu ermöglichen;
- elastisch, um auf technische Neuerungen im Rahmen der Künstlichen Intelligenz reagieren zu können und
- einer flachen Hierarchie unterstellt, um mit den Unternehmern eine partnerschaftliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe zu erreichen.

Das Standardarbeitsmodell für den Arbeitsplatz der Zukunft soll das Vollzeitverhältnis bleiben.

Maßnahmen:

- Für ein modernes, zukunftsfitte Arbeitsrecht
- Faktor Arbeit entlasten: Senkung der Abgabenquote
- Faktor Arbeit entlasten: Lohnnebenkosten senken
- Abfertigung Neu: 2,5 statt 1,53 Prozent
- Einführung eines Zeitwertkontos
- Das Arbeitsmarktservice (AMS) als Drehscheibe für Arbeit, Weiterbildung und Lehre ausbauen
- Beschäftigung attraktiveren – degressives Arbeitslosengeld-Modell unter Berücksichtigung branchenspezifischer Besonderheiten am Arbeitsmarkt
- „Auszeit für Bildung“ statt Bildungskarenz
- Lehre stärken – Durchlässigkeit erhöhen
 - Zeitgemäße Aufwertung der Lehre
 - Informationsoffensive für „Lehre mit Matura“
 - Im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit: effektive Förderung von Unternehmen bei Aufnahme von Lehrlingen
 - Handwerkliche Talente bereits in der Schule fördern
 - Einführung einer MINT-Lehre
- Reform der Rot-Weiß-Rot-Card – innovative Zuwanderungsstrategie für den heimischen Standort
- Employer Branding verstärkt einsetzen
- Klimawandel als Jobchance wahrnehmen

Pflege

Die Menschen in unserem Land werden immer älter. Die Lebenserwartung ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Wir werden heute um rund 17 Jahre älter als noch im Jahr 1970. Diese durchaus positiven Veränderungen bringen aber auch neue Herausforderungen mit sich: Es wächst auch der Pflegebedarf. Dass die Pflege DIE soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist, darüber sind sich Experten, Wissenschaftler und auch die Politiker seit Jahren einig.

Als christlich-soziale Arbeitnehmerbewegung ist es unsere Pflicht, bereits heute an morgen zu denken. Dies ist gerade im Pflegebereich wesentlich. Pflege ist keine reine Versorgungsfrage, sondern eine Frage der Menschlichkeit. Die Politik muss Vorsorge treffen, um ein Altern in Würde zu ermöglichen und eine bestmögliche Versorgung für pflegebedürftige Menschen bieten zu können. Die Maßnahmen und Angebote müssen sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Für uns steht auch bei diesem Thema die Wahlfreiheit im Fokus. Die, die es brauchen, sollen die beste Pflege bekommen.

Auch wenn sich das derzeitige Pflegevorsorgesystem bewährt hat, ist es erforderlich, dieses System weiterzuentwickeln und weitere Schritte zu setzen, um die Position pflegebedürftiger Menschen und ihrer betreuenden Angehörigen nachhaltig zu stärken und diese zu unterstützen.

Wir müssen dafür Sorge tragen, dass ältere Menschen, die einen Pflegebedarf haben, so lange wie möglich zu Hause leben können. Dazu braucht es organisatorische und fachliche Unterstützung. Aber auch psychologische Betreuung und tage- bzw. stundenweise Entlastung für die pflegenden Angehörigen. Wir müssen bürokratische Prozesse minimieren und eine One-Stop-Shop „Pflege“ etablieren.

Des Weiteren geht es uns als Arbeitnehmervertretung um eine Aufwertung der Pflegeberufe. Wir müssen die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte als Ganzes verbessern. Drei Viertel aller Pflegekräfte glauben nicht, ihre Arbeit bis zur Pension durchstehen zu können. Dieses Bild führt uns die jüngste Umfrage zur Arbeitszufriedenheit von Sora und Ifes vor Augen. Tatsächlich ist die Fluktuation im Pflegebereich sehr hoch, viele Pflegekräfte scheiden bereits im ersten Jahr aus dem Job aus, die meisten nach sieben oder acht Jahren.

Um mehr Menschen in den Pflegeberuf zu bringen, braucht es unter anderem eine Aufwertung des Berufsbildes der Pflegekräfte und höhere Einstiegsgehälter, die dafür aber weniger stark ansteigen. Auch muss es mehr psychosoziale Betreuung als Teil einer aktiven Gesundheitsvorsorge geben, damit Pflegekräfte die Belastungen des Berufsalltages nicht alleine schultern müssen. Wir brauchen diese Fachkräfte dringender denn je. Auch Möglichkeiten für Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger, Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger aber auch für

Umsteigerinnen und Umsteiger müssen geschaffen werden, verbunden mit berufsbegleitenden Ausbildungsmöglichkeiten.

In Anbetracht der demografischen Entwicklung darf man die Finanzierung unseres Pflegesystems nicht aus den Augen verlieren. Wir setzen uns dafür ein, dass pflegebedürftige Menschen nach ihren Bedürfnissen optimale Betreuungsmöglichkeiten vorfinden, die ihnen ein Altern in Würde ermöglichen und dabei die Allgemeinheit nicht zu sehr finanziell belasten. Das System soll Leistungen in gleicher Qualität für alle zur Verfügung stellen, dafür brauchen wir ein neues Modell der Pflegefinanzierung aus einer Hand.

Ein besonders sensibler Bereich ist die Hospiz- und Palliativpflege. Wir setzen uns dafür ein, dass den Menschen ein Lebensende in möglichst hoher Qualität ermöglicht wird. Uns geht es hier nicht nur um die medizinische Betreuung, sondern um die Würde am Ende des Lebens. Hier geht es nicht allein um eine Personalfrage im medizinischen Bereich, sondern auch um die vielen Ehrenamtlichen, die neben den Patientinnen und Patienten auch deren Angehörige im Sterbeprozess begleiten. Diese gilt es bestmöglich zu unterstützen. Gerade im Kinder- und Jugendbereich braucht es noch mehr Möglichkeiten der Hospiz- und Palliativpflege.

Um diesen Pflegebedarf der kommenden Jahre rechtzeitig abzudecken, müssen wir heute handeln.

Maßnahmen:

- Pflegende Angehörige stärken – Anspruch auf Pflegefreistellung nicht auf Haushaltsangehörigkeit abstellen
- Stärkere Berücksichtigung von Demenz beim Pflegegeld
- Mobil vor stationär
- Pflegeinformationsplattform als One-Stop-Shop
- Einführung einer Pflegenummer nach dem Vorbild der Gesundheitsnummer 1450
- Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung – auch für Kinder
- Pensionsversicherungsanstalt als Drehscheibe für die Pflegefinanzierung

Gesundheit

Gesundheit ist für alle ein wichtiges Anliegen. Das Wichtigste ist die Gesundheit, spätestens, wenn sie nicht ganz intakt ist. Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts. Eine Binsenweisheit, würde man meinen. Doch sind wir bereit, Tag für Tag etwas dafür zu tun?

Wir setzen uns dafür ein, dass Gesundheitsversorgung für jede und jeden zu jeder Zeit und zu den gleichen Bedingungen garantiert wird. Für uns stehen das Wohl der Patientinnen und Patienten und ihre optimale Versorgung im Mittelpunkt. Um das zu erreichen, benötigen wir die richtigen strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen und ein hochwertiges flächendeckendes Angebot, das alle Leistungen abdeckt.

Unser Gesundheitswesen zählt zu den besten der Welt und bietet für alle einen gleichen, niederschweligen Zugang zu medizinischer Versorgung – unabhängig von Alter, sozialer Stellung oder Einkommen. Wir haben über 98 Prozent der Menschen in Österreich in die soziale Krankenversicherung integriert. Das ist international gesehen für ein Versicherungssystem ein echter Spitzenwert!

Um die Finanzierbarkeit eines solchen Systems nachhaltig abzusichern, müssen wir verstärkt Effizienzpotenziale nutzen und die komplexe Finanzierungsstruktur transparenter gestalten. Im Gesundheitssystem kann man nicht sparen, nur Effizienzpotenziale nutzen, d.h., die vorhandenen Mittel dorthin investieren, wo die Leistung erbracht wird. Wir wollen, dass die Ärzte näher bei den Menschen sind. Für die Optimierung der wohnortnahen Versorgung ist es notwendig, die Effizienz des Gesundheitssystems noch weiter zu steigern. Das Geld muss dort investiert werden, wo die Menschen zu Hause sind.

Wir müssen auch das traditionelle Verständnis von Gesundheitspolitik überdenken. Wir dürfen uns nicht nur auf die Gestaltung des Krankenversorgungsbereichs konzentrieren, sondern müssen auch wichtige Politikbereiche, die sich nicht traditionell mit der Materie beschäftigen, einbeziehen. Es gilt daher ein neues Verständnis einer gesundheitsfördernden Gesamtpolitik zu entwickeln. Bildungs-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sollte so betrieben werden, dass sie die Bevölkerung in allen Lebensbereichen erreicht und somit auch aktiv gesundheitsfördernde Maßnahmen

setzen kann. Gesundheitspolitik im 21. Jahrhundert muss also weg vom Traditionalismus der Krankenversorgung und hin zu einer nachhaltigen Gesamtpolitik.

Auch auf die Prävention und Gesundheitsförderung muss das Augenmerk gelegt werden. Um die persönliche Gesundheit zu verbessern, braucht es Anreize auch am Arbeitsplatz. Der betrieblichen Gesundheitsförderung muss ein höherer Stellenwert eingeräumt werden. Die betriebliche Gesundheitsförderung lohnt sich im gleichen Maße für die Beschäftigten wie für das Unternehmen: Die einen möchten gesund bleiben und sich wohlfühlen, die anderen möchten mit gesunden und damit leistungsfähigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Wettbewerb bestehen. Betriebliche Gesundheitsförderung kann gezielt Arbeitsbelastungen verringern und gesundheitsförderndes Verhalten unterstützen. Bei den Maßnahmen zur betrieblichen Gesundheitsförderung sind keine Grenzen gesetzt. Mit finanziellen, aber auch sachlichen Anreizen kann die Prävention gestärkt werden. Möglich ist alles, was zu einer höheren Arbeitszufriedenheit führt und die Krankenstandtage reduziert. Auch die Arbeitsmedizin in den Unternehmen muss neu konzipiert und bewertet werden. Die Förderung der Gesundheit im Unternehmen führt zu einer Winwin-Situation für alle – die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, den Betrieb und die Gesellschaft.

Auch die fortschreitende Digitalisierung ermöglicht im Gesundheitsbereich einen leichteren und verbesserten Zugang zu medizinischen Leistungen. Gerade die Corona-Krise hat gezeigt, dass die Telemedizin durchaus Zukunft hat und weiter ausgebaut gehört. Dabei darf aber der Mensch nicht vergessen werden - und die persönliche Betreuung durch die Ärztin bzw. den Arzt.

Maßnahmen:

- Stärkung des Hausarztes als Gate-Keeper
- Mehr Ärztinnen und Ärzte in Österreich von österreichischen Medizinuniversitäten
- Weniger Bürokratie in den Gesundheitsberufen – Digitalisierung als Chance
- Primärversorgungszentren und -netzwerke weiter ausbauen – neue Versorgungsmodelle erstellen
- Wahlarztsystem überarbeiten – Solidarität einfordern
- Digitalisierung in der Medizin forcieren
- Maßnahmenpaket gegen durch Ernährungsverhalten verursachte Krankheiten
- „Frühe Hilfen“ ausbauen
- Optimierung des Schulärztesystems – Ausbau des Systems der „School Nurse“
- Mutter-Kind-Pass weiterentwickeln zu Lebens-Gesundheitspass
- Betriebliche Gesundheitsförderung weiter forcieren
- Behandlung psychischer Krankheiten auf Krankenschein
- Bonussystem für Prävention

Sport

Bewegung und Sport sind ein wesentlicher Teil unseres Alltags; sie haben eine hohe emotionale und ökonomische Bedeutung. Sport trägt in der modernen Wohlstandsgesellschaft unserer Zeit maßgeblich zur Gesunderhaltung der Bevölkerung und Entlastung des Gesundheitssystems bei. Sport erzählt Geschichten, die die Kraft haben, Dinge zum Besseren zu verändern und Vorbildwirkung zu entfalten.

Sport von Kindesbeinen an ist die beste Investition in die Zukunft der Gesundheit. Familien sollen möglichst viele Sportmöglichkeiten nutzen können. Gleichzeitig müssen wir auch die stetig anwachsende Gruppe der älteren Bevölkerung beim Thema „Bewegungsverhalten und Aktivierung“ mitnehmen. Gerade in den höheren Altersgruppen gehört Österreich unter den OECD-Ländern zur unrühmlichen

Spitzengruppe jener Länder mit den meisten krank verbrachten Lebensjahren am Lebensende. Das Motto des Älterwerdens muss daher „Prävention statt teurer Reparaturmedizin“ lauten.

Sport kann in so vielen Bereichen unseres Lebens genutzt werden: Als kostengünstiges Medikament zur Gesunderhaltung jeder und jedes Einzelnen. Sport kann teure medizinische Behandlung ersetzen. Sportliche Anreize können Verhaltensänderungen bei breiten Bevölkerungsgruppen, z.B. in der Mobilität, in der Ernährung, in der Bildung, hervorrufen. Sport ist ein wichtiger Motor der Integration und des Ausgleichs von Unterschieden zwischen Gruppen in der Bevölkerung. Sport ist die Klammer zwischen den Generationen in einer Zeit des Auseinanderentwickelns und großer demografischer Veränderungen. Sport ist ein wichtiger und notwendiger Partner im Arbeitsleben und in der Digitalisierung des Alltags.

Wir als ÖAAB setzen uns daher dafür ein, dass das Engagement für den Sport auch weiterhin als eine wichtige Investition in eine positive Entwicklung unserer Gesellschaft gesehen wird. Wir setzen uns sowohl für die Förderung im Spitzensport als auch für eine Stärkung des Breitensports ein.

Maßnahmen:

- Stolz auf Freiwilligentätigkeit statt Funktionärs-Bashing
- Für den Sport die Kräfte bündeln
- Sport im Betrieb fördern
- Aktiver Beitrag staatlicher Spitzensportler nach Beendigung der aktiven Karriere

Menschen mit Behinderung

Menschen mit Behinderungen sind ein wichtiger und wertvoller Bestandteil unserer Gesellschaft. Wir müssen sicherstellen, dass Menschen mit Behinderungen eine gleichberechtigte Möglichkeit der Teilhabe am Gesellschaftsleben möglich gemacht wird. Jeder Mensch ist für uns gleich viel wert und sollte die gleichen Chancen im Leben erhalten. Für uns ist es selbstverständlich, dass Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben nach ihren Vorstellungen führen können sollen. Wir

lehnen jede Art der Diskriminierung, Verachtung oder Stigmatisierung entschlossen ab.

Menschen mit Behinderungen können viel mehr bewegen, als ihnen oft zugetraut wird. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass sie ein Bildungssystem vorfinden, das ihnen gleichberechtigte Chancen in der Gesellschaft und der Arbeitswelt eröffnet. Ein uneingeschränkter Bildungszugang ist wesentlich für ein selbstbestimmtes Leben. Inklusion statt Separation ist dabei unsere Devise.

Als Arbeitnehmervertretung ist es für uns wesentlich, dass mehr ambitionierte Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt eine Beschäftigung finden. Zur Verwirklichung eines selbstbestimmten Lebens gehört auch die Möglichkeit, arbeiten zu können. Sei es im ersten Arbeitsmarkt oder auch in Einrichtungen wie Tagesstrukturen oder Werkstätten. Es gilt Unternehmen zu ermutigen, Menschen mit Behinderungen einzustellen. Eine Möglichkeit dazu wären Lohnkostenförderungsmaßnahmen.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie stark unsere Arbeitswelt in den vergangenen Jahren sich durch die zunehmende Digitalisierung verändert hat. Die Digitalisierung verändert die Arbeitsverfahren an herkömmlichen Arbeitsplätzen und es gibt mehr örtliche Flexibilität. Die Digitalisierung ermöglicht aber auch neue und verbesserte Hilfstechnologien, die Menschen mit Behinderungen den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern. Die Digitalisierung ist eine große Chance für Menschen mit Behinderungen, die es zu nutzen gilt.

Ein wesentlicher Faktor dabei ist die Barrierefreiheit. Diese ermöglicht die uneingeschränkte Teilhabe an Informationen, Schul- und Berufsausbildung, dem gesamten Freizeit-, Konsum- und Dienstleistungsbereich, Kommunikationstechnologien und Medien, dem Sport- und Tourismusangebot. Die Beseitigung von Barrieren ist von größter Bedeutung für Menschen mit Behinderungen, denn Barrierefreiheit trägt wesentlich zu deren Gleichstellung und gesellschaftlichen Teilhabe bei. Barrierefreiheit im Internet muss zur Selbstverständlichkeit werden. Informationssysteme, Webseiten etc. müssen für alle Menschen mit Behinderungen zugänglich gemacht werden – auch der Aspekt der einfachen Sprache ist dabei zu berücksichtigen. Auch barrierefreies Bauen und Wohnen muss selbstverständlich sein. Öffentlich geförderte Bauprojekte (d.h. auch

Wohnbauprojekte) müssen über die bestehenden baulichen Standards hinaus wesentlich konsequenter barrierefrei errichtet und betrieben werden.

Maßnahmen:

- Inklusive Bildung dort, wo es möglich ist
- Anreizsysteme schaffen: „belohnen statt strafen“ bei der Einstellung von Menschen mit Behinderungen
- Neue Chancen am Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen durch Homeoffice – digitale Weiterbildung forcieren
- Lohn statt Taschengeld
- Schaffung eines One-Stop-Shops insbesondere für persönliche Assistenz
- Barrierefreiheit forcieren

Pensionen

Im modernen Sozialstaat sichern Pensionsversicherungssysteme die Handlungsfähigkeit des einzelnen Menschen dann, wenn er aufgrund des Alters oder geminderter Arbeitsfähigkeit das finanzielle Auskommen nicht mehr aus eigenen Kräften sichern kann. Unsere Aufgabe als Staat und Gesellschaft muss es daher sein, jenen Menschen, die sich in dieser Lebensphase bzw. kurz davor befinden, entsprechend Sicherheit zu geben.

Dabei dürfen wir die Augen nicht davor verschließen, dass die Herausforderung der Finanzierung dieses Systems durch die heute bzw. künftig Erwerbstätigen eine ist, die wir laufend annehmen müssen. Während sich die Zeit, die Menschen heute im Durchschnitt in Pension befinden, Gott sei Dank immer weiter verlängert, stagniert die Phase der Erwerbstätigkeit bzw. nimmt (aufgrund längerer Ausbildungszeiten) sogar leicht ab. Gleichzeitig gehen Wirtschaftsforscher in ihren Prognosen davon aus, dass die Entwicklung der Beiträge, die in unser Pensionssystem einbezahlt werden, in den nächsten Jahren hinter dem Anstieg der notwendigen Zuschüsse aus dem Steuertopf bleiben – auch, aber nicht nur, weil nun die geburtenstarken 1960er-Jahrgänge ins pensionsnahe Alter kommen.

Als ÖAAB stehen wir für konsequente Weiterentwicklungen und Modernisierungen unserer Systeme der Alterssicherung – immer mit dem entsprechenden Augenmaß. Wir sind es, die in Pensionsdiskussionen den Standpunkt derer einnehmen wollen und müssen, die sich dazu bekennen, unser System durch ihre Beiträge mitfinanzieren und beleben zu wollen – die sich aber gleichzeitig darauf verlassen wollen, eine entsprechende Gegenleistung zu erhalten.

Ziel muss es daher sein, allen Versicherten Vertrauen in ein generationengerechtes Pensionssystem zu geben. Dabei gilt: Arbeit ist noch immer das beste Mittel, um Armut zu verhindern! Alle Anstrengungen auf dem Arbeitsmarkt, um mehr Menschen wieder in den Erwerb zu bringen, sind wichtige Schritte hin zu einem finanziell abgesicherten Ruhestand; gleichzeitig müssen wir als Sozialpartner unsere Anstrengungen dahingehend intensivieren, die Gehaltstabellen weiter anzuheben und ihre Verläufe abzuflachen – um auch jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bereits gute Beitragsgrundlagen für später zu ermöglichen.

Darüber hinaus wollen wir weiterhin Anreize setzen, alle drei Säulen unseres Modells für einen finanziell abgesicherten Ruhestand nicht nur wieder in den Fokus der Öffentlichkeit und vor allem der Erwerbstätigen zu holen – sondern auch die zweite und dritte Säule entsprechend weiterzuentwickeln. Als ÖAAB haben wir das Modell der Abfertigung Neu erfunden und umgesetzt; nun fast 20 Jahre nach Inkrafttreten der Regelung, wollen wir die Betriebspension als 2. Säule weiter ausbauen. Für die 3. Säule, die private Vorsorge, werden wir über verschiedene höhere, zielgerichtete Fördermöglichkeiten nachdenken müssen.

Maßnahmen:

- Staat mit Handschlagqualität: Konsequente Weiterentwicklung und Modernisierung unserer Systeme der Alterssicherung
- Versicherungsleistung Pension – Sozialleistung Ausgleichszulage
- Gesund bis ins Alter und bis in die Pension
- Neuausrichtung von beruflicher und sozialer Rehabilitation
- Gerechtigkeit im Pensionssystem!

Bildung

Bildung ist Zukunft! Demokratie, Humanität, Solidarität, Friede und Gerechtigkeit sowie Offenheit und Toleranz sind die Grundwerte von Schule und Gesellschaft in einem vereinten Europa, auf deren Grundlage allen Kindern und Jugendlichen die bestmögliche Entwicklung ermöglicht werden soll. Für unsere Gesellschaft ist es unverzichtbar, unseren Kindern eine qualitativ hochwertige Bildung, Aus- und Fortbildung zu ermöglichen.

Die institutionalisierte Bildung beginnt mit dem Eintritt in die frühkindliche Elementarbildung und reicht bis ins hohe Erwachsenenalter.

Im Mittelpunkt unseres Bildungssystems muss das Wohl der Kinder stehen. Für diese gilt es, alle Chancen zu eröffnen und für Chancengerechtigkeit zu sorgen: Jedes Kind soll die Bildung erhalten, die seinen Stärken und Bedürfnissen entsprechend ist, dafür bietet unser bewährtes, differenziertes Bildungssystem eine sehr gute Basis. Im Bereich der Integration brauchen manche Kinder darüber hinaus eine spezielle

Betreuung, sonderpädagogische Förderung und Therapie. Die Herkunft eines Kindes darf nicht über seine Zukunft als Erwachsener entscheiden, dies wird durch den freien Zugang zu den öffentlichen Schulen gewährleistet.

Die Arbeitsgesellschaft von morgen ist auf kreative, leistungsbereite und gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angewiesen. Weiterbildung und lebenslanges Lernen wird angesichts der ständigen Erneuerung von Arbeit, Wirtschaft und Technik immer wichtiger. Die Erstausbildung wird zwar weiterhin die Basis im Leben der erwerbstätigen Bevölkerung sein, jedoch sind die permanenten Re- und Weiterqualifizierungen sowie lebenslanges Weiterlernen in unserer Gesellschaft absolut unerlässlich.

Leistung und Gerechtigkeit im Bildungswesen sind für den ÖAAB die Basis, auf die sich unser Bildungssystem aufbaut. Bildung ist der Schlüssel für wirtschaftliches Wachstum, soziale Sicherheit und dafür, dass es in unserer Gesellschaft gerecht und menschlich zugeht. Bildung ist aber auch die ökonomische Frage des 21. Jahrhunderts. Ein Land, das heute seine Bildungspotenziale vernachlässigt, fällt morgen wirtschaftlich zurück. Bildungspolitik entscheidet, wie wir mit dem größten Zukunftspotenzial unserer Stadt umgehen – welche Chancen wir unseren Kindern und Jugendlichen, aber auch den Erwachsenen für ihre Zukunft eröffnen.

Maßnahmen:

- Die Volksschule als wesentliches Element eines erfolgreichen Bildungswegs
- Musik, Sport, Digitalisierung, MINT-Förderung besser im Volksschulbereich implementieren
- Verstärkter Fokus auf haptische- und taktile Fertigkeiten in Volksschulen und
 - Sekundarstufe I
 - Digitalisierung und neue Medien
 - Zehn-Finger-System bereits in der Volksschule
 - Individuelle Förderung sicherstellen – Qualität vor Quantität
 - Fokus auf Berufswahl bereits in Unterstufe
 - Vernetzung von wirtschaftlicher Praxis und Schule
 - Mehr Gewaltprävention in den Schulen
 - Schulpartnerschaft stärker fördern
 - Erhalt des vielfältigen Schulsystems
 - Die Polytechnische Schule – Vorbereitung auf den Lehrberuf
 - Auf dem Weg zum Facharbeiter
 - Das Profil der AHS-Oberstufe stärken
 - Berufsbildende mittlere und höhere
 - Schulen als Erfolgskonzept
 - Schlanke und moderne Lehrpläne schaffen
 - Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer – Praxisphasen ausbauen
 - Beste Rahmenbedingungen für Universitäten und Fachhochschulen schaffen
 - Universitäten und Fachhochschulen stärken
 - Lebensbegleitendes Lernen erleichtern
 - Neue Bildungskonzepte für Erwachsenenbildung
 - Digitales Studium besser ermöglichen und ausbauen

Digitalisierung

Die Arbeitswelt hat sich in den vergangenen Jahren stark gewandelt. Seit der Industriellen Revolution vor über 200 Jahren gab es keine so tiefgreifende Veränderung in der Arbeitswelt, wie wir sie jetzt erleben. Die Corona-Krise hat diese Entwicklung noch verstärkt. Die Digitalisierung und ihre Auswirkungen auf unser Privat- und unser Arbeitsleben sind gravierend. Welche Chancen sie bringt, aber auch welche Risiken mit ihr verbunden sind, sind die Themen der Zukunft

Die Digitalisierung begleitet unser tägliches Leben. Sowohl unser privates als auch unser berufliches. Die digitale Revolution in Verbindung mit der Globalisierung und die demografische Entwicklung stellen die Politik vor große Herausforderungen. Sie bringt neue Handlungsfelder für die arbeitenden Menschen in allen Bereichen der Privatwirtschaft, aber auch in den staatlichen Institutionen ist der Wandel zu spüren.

Die Digitalisierung hat nicht nur einen sehr großen Einfluss auf das Arbeitsleben, sondern auch auf den Arbeitsalltag. Digitale Workflows und computergestützte Büro- und Wissensarbeit kennen wir schon seit der Einführung des PCs. Die weiter zunehmende Digitalisierung der Arbeitsprozesse ist ein Treiber für die Gestaltung der Arbeitswelt der Zukunft. Speziell das (mobile) Internet hat völlig neue Möglichkeiten der Arbeitsformen mit sich gebracht. Ohne mobiles Internet ist heutzutage so gut wie keine Aufgabe mehr zu bewältigen. Vor allem für das Zusammenarbeiten, unabhängig von Raum und Zeit, bietet es enormes Potenzial. Menschen können dank verschiedener Cloud-Lösungen von überall auf Datenbanken, Postfächer und dergleichen zu greifen. Dadurch können Arbeitszeiten zunehmend flexibler gestaltet werden. Diese Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen bringt letztendlich auch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die Digitalisierung bringt aber auch eine Herausforderung mit sich: Es gilt, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rechtzeitig zu qualifizieren und sie beim Erwerb der technischen Fähigkeiten zu unterstützen.

Ein weiteres Problemfeld ist das Umdenken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch der Arbeitgeber. Arbeit wird zukünftig nicht mehr begriffen als der Ort, wohin man geht, sondern als die Aufgabe, die man löst. Wir müssen weg von der Präsenzkultur hin zu einer Ergebnisorientierung kommen. Selbstorganisation der Einzelnen bzw. des Einzelnen muss in den Vordergrund gerückt werden. Hierzu

braucht es auch die Innovationskraft der Arbeitgeber, diesen neuen Weg einzuschlagen.

Aber auch der flächendeckende Ausbau der Breitband-Datennetze als Infrastruktur der Informationsgesellschaft ist eine der großen Aufgaben, welchen sich die Politik widmen muss. Die Verfügbarkeit von Breitbandnetzen ist ein wesentlicher Standortfaktor und wichtig für die Entwicklung des Wiener Wirtschaftsstandortes in allen Bezirken.

Maßnahmen:

- Ausbau der digitalen Infrastruktur
- Digitale Schulen schaffen
- Digitalen Arbeitsplatz rechtlich absichern
- Wahlen im Betrieb mittels e-Voting ermöglichen
- Persönliche Datensicherheit erhöhen
- Ausbau von Telemedizin - auch im Präventionsbereich
- Digitale Weiterbildung für ältere Menschen

Chancengleichheit für Frauen

Frauenpolitik ist mehr als Familienpolitik und Frauenpolitik hat nach wie vor eine eigenständige Bedeutung: nämlich Gesellschaftspolitik. Zeitgemäße Frauenpolitik muss den heute vielfältigen Lebensrealitäten von Frauen gerecht werden und alte Rollenbilder ablegen. Wir wollen, dass Frauen selbstbestimmt ihren Weg gehen können – nach ihren eigenen Wünschen und Vorstellungen.

Für den ÖAAB ist klar: Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist für uns selbstverständlich. Sie darf kein Schlagwort bleiben und auch nicht durch kulturelle oder religiöse Vorstellungen infrage gestellt werden. Ziel muss es sein, für Frauen und Männer, für Mädchen und Burschen die gleichen Chancen zu schaffen, Benachteiligungen in allen Bereichen abzubauen, und die Rollenbilder in den Köpfen der Menschen zu verändern.

Frauen sollen überall dort ihre Chance wahrnehmen können, wo ihre Interessen und Stärken liegen. Gerade bei der Berufswahl wollen wir sie ermutigen, auch in atypischen

Berufen Fuß zu fassen. Eine Frau zu sein, darf kein Hindernis darstellen. Finanzielle Unabhängigkeit ist die Basis für ein selbstbestimmtes Leben. Es muss außerdem möglich sein, in unterschiedlichen Lebensabschnitten verschiedene Erwerbsmodelle zu wählen, ohne dadurch insgesamt benachteiligt zu sein.

Zur Erreichung von Einkommensgerechtigkeit sind Weichenstellungen bei der Berufsentscheidung bedeutend, daher kommt der Berufsberatung und der Überwindung von traditionellen Berufsbildern große Bedeutung zu. Spezielle Qualifizierungsmaßnahmen für Frauen im Beruf sowie Einstiegshilfen für Frauen nach der Karenz sind weitere wichtige Maßnahmen, um Nachteile aufzuholen. Für uns ist klar: Gleichwertige Arbeit ist gleich zu bewerten. Das Schließen der Einkommensschere zwischen Frauen und Männern ist ein wichtiges Ziel auf dem Weg zu mehr Gleichberechtigung.

Die Teilzeitbeschäftigung und die frei gewählte geringfügige Beschäftigung sind oft ein probates Mittel zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Als christlich-soziale Arbeitnehmervvertretung stehen wir zur Wahlfreiheit und sprechen uns klar dagegen aus, diese Form der Beschäftigung gering zu schätzen. Frauen können und dürfen die Form der Beschäftigung frei und selbstbestimmt wählen. Daher setzen wir uns dafür ein, dass das Angebot an qualifizierter Teilzeitarbeit ausgebaut wird, um die Eigenständigkeit der Frauen über die Erwerbstätigkeit zu stärken.

Bestmögliche Qualifikation verlangt laufende Weiterbildung. Wir setzen uns insbesondere für Frauen in Karenz ein, dass Angebote zur Weiterbildung vor allem auch vom Dienstgeber verbessert werden. Der oftmals schwierige Wiedereinstieg soll durch begleitende Maßnahmen erleichtert werden. Familie und Beruf müssen für uns vereinbar sein.

Frauen leisten den Großteil der Pflegearbeit für Angehörige, die zu Hause betreut werden. Die Betreuung und Pflege naher Angehöriger ist in vielen Fällen nicht plan- oder vorhersehbar und erfordert daher schnelle und individuelle Lösungen. In den vergangenen Jahren wurden die Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige ausgebaut. Um die Position pflegebedürftiger Menschen und ihre betreuenden Angehörigen nachhaltig zu stärken und zu unterstützen, muss das derzeitige Pflegesystem weiterentwickelt werden.

Ungefähr 242.000 Frauen sind in Österreich alleinerziehend. Alleinerziehende haben ein höheres Armutsgefährdungsrisiko (insbesondere mit steigender Kinderzahl) als Familien mit zwei Elternteilen. Und Alleinerziehende haben größere organisatorische und emotionale Herausforderungen, denn es macht einfach einen Unterschied, ob man alleine oder zu zweit für Kinder sorgt. Ob und in welchem Ausmaß Alleinerzieherinnen erwerbstätig sein können, hängt wesentlich mit ihren Betreuungspflichten zusammen. Daher sind Maßnahmen zentral, welche die Erwerbseinbindung durch ausreichende Möglichkeiten der Kinderbetreuung unterstützen und so zu einer erhöhten Einkommenssicherheit und einer Reduktion des Zeitdrucks beitragen. Ein weiterer Ausbau von leistbaren, qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungseinrichtungen, eine Ausdehnung der Öffnungszeiten sowie der Ausbau ganztägiger Schulformen geht in diese Richtung und kann auch dazu beitragen, den Zeitdruck, welchem Alleinerzieherinnen mit betreuungspflichtigen Kindern ganz besonders ausgesetzt sind, zu mildern.

Von Altersarmut sind Frauen in fast doppelt so hohem Ausmaß betroffen als Männer: 17 Prozent vs. 9 Prozent. Dies ist häufig auf Familienarbeit und Kinderbetreuungspflichten zurückzuführen. Die Leistungen in der Familienarbeit sind aber für den Staat relevant und sollen honoriert werden. Neben dem geplanten verpflichtenden Pensionssplitting mit Opt-Out-Möglichkeit ist eine pensionsrechtliche Aufwertung von familienbedingter Teilzeit ein guter Weg dahin. Auch die Aufklärungsarbeit an Frauen bezüglich der Auswirkungen von Teilzeitarbeit auf die Pensionshöhe muss ausgebaut werden.

Die Gleichstellung konnte in den letzten Jahren und Jahrzehnten in Österreich bereits gut vorangetrieben werden. Viel wurde schon erreicht. Um Frauen und Mädchen auch in jenen Bereichen, in denen das noch nicht der Fall ist, die gleichen Chancen wie Männer einzuräumen, muss an mehreren Stellschrauben gedreht werden.

Maßnahmen:

- Mehr Frauen in die Technik – Fach „Programmieren und Technik“ in der Schule einführen
- Imagekampagne, um Rollenbilder aufzubrechen
- Mehr Frauen in Führungspositionen durch Frauenquote
- Job-Sharing in Führungspositionen ermöglichen
- Gleicher Lohn bei gleichwertiger Arbeit – mehr Transparenz in den Firmen!
- Im Kampf gegen Altersarmut von Frauen – Teilzeit-Pensionsrechner erstellen
- Verpflichtendes Karenzmanagement von Unternehmen
- Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkompetenz von Mädchen und Buben bereits in der Schule
- Klare Abgrenzung Arbeitszeit/Freizeit im Homeoffice
- One-Stop-Shop „Pflege“ im Internet als Drehscheibe etablieren
- Schutz von Frauen und Kindern gegen Gewalt

Mobilität und Nachhaltigkeit

Umwelt

Der Schutz unserer Umwelt und unseres Naturraumes ist eine große Verantwortung, die wir gegenüber der nächsten Generation haben. Wir alle haben Verantwortung für unsere Umwelt, und diese reicht über die Gegenwart in die Zukunft hinaus. Umweltschutz umfasst viele Detailbereiche. Abfallwirtschaft und Ressourcenmanagement, Abwasserreinigung, Trinkwasserversorgung, Luftreinhaltung, Tier- und Pflanzenschutz sowie Klimaschutz fallen hierunter. Und gerade dem Klimaschutz kam in den vergangenen Jahren eine zentrale Bedeutung zu.

Die Veränderung unseres Klimas und deren Auswirkungen auf alle Bereiche unserer Gesellschaft betreffen alle Aspekte unseres Lebens, unseres Wohnbereichs, unserer Arbeit, in unserer Gemeinde und in der ganzen Welt. Der Klimawandel stellt uns vor eine der größten Herausforderungen unserer Generation.

Wir brauchen einen bewussteren Umgang mit Ressourcen wie zum Beispiel Grund und Boden, auch die Flächenversiegelungen wirken sich negativ auf das Klima aus.

Unser Konsum muss sich ändern, jede Bestellung im Internet hat Verkehr zur Folge und auch die Wahl beim Lebensmitteleinkauf sollte sorgfältig getroffen werden. Für aktiven Klimaschutz muss jeder seinen Lebensstil ändern und der Klimaschutz zur Lebensart werden.

Wir brauchen Klimaschutz mit Hausverstand. Klimaschutz fängt schon beim Frühstück an. Denn wie wir uns ernähren, hat einen entscheidenden Einfluss auf die Größe unseres klimatischen Fußabdrucks. So werden bei Produktion und Transport sowie für Lagerung und Kühlung von Lebensmitteln große Mengen Energie benötigt und somit CO₂ ausgestoßen. Bei Fleisch ist zudem zu bedenken, dass bereits durch den Transport und durch den Anbau von Futtermitteln für die Tiere jede Menge CO₂ entsteht.

Die Reduktion der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, die Möglichkeiten der Einsparung von Energie, der Schutz des Lebensraumes und die nachhaltige Ressourcennutzung stehen ebenso im Mittelpunkt unserer Überlegungen zu diesem Thema.

Der ÖAAB bekennt sich zu einer nachhaltigen Umweltpolitik mit Hausverstand. Ökosoziales Handeln ermöglicht wirtschaftliche Nachhaltigkeit, verbessert die Lebensqualität, verringert die Belastung durch Schadstoffe und Lärm, erhält biologische Vielfalt und baut erneuerbare Energie aus. Und nicht zuletzt: Ökosoziales Handeln schafft Arbeitsplätze.

Maßnahmen:

- Klimafitte Parkplätze in allen Bereichen schaffen
- Förderung der Biodiversität
- Nein zu Atomstrom
- (Bewusstseins-)Bildung als Schlüssel zum Erfolg für Jung und Alt
- Nachrüstung von Fassadenbegrünung – auch beim gemeinnützigen Wohnbau/Gemeindebauten Wien
- Erhalt der Trinkwasserqualität
- House- und Street-Cooling/ vertikal greening forcieren
- Klimaziele 2030-2040 einhalten
- Klimaschutz schafft Arbeitsplätze
- Raumordnung „grüner“ gestalten
- Neue Technologie entwickeln – Wasserstoff für die Zukunft
- Verfallsdatum statt Mindesthaltbarkeitsdatum

Verkehr

Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Moderne Arbeitswelten verlangen heute mehr denn je eine flexible, nachhaltige und intelligente Mobilität. Beschleunigt durch die Covid-19-Pandemie und die erhöhte Nachfrage nach umweltfreundlichen Fortbewegungsmitteln beginnt sich unser persönliches Mobilitätsverhalten zu verändern. Klimafreundliche Mobilität und die freie Wahl des Verkehrsmittels schließen einander nicht aus.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen echte Wahlfreiheit auf ihren alltäglichen Wegen erhalten, und dies in allen Bereichen unserer Stadt.

Infrastruktur und Verkehr bilden wichtige Säulen für eine zielgerichtete Standortpolitik und sind die Voraussetzung für Beschäftigung, Wohlstand und Versorgungssicherheit. Und speziell die Auto- und Autozulieferindustrie steht vor großen Herausforderungen.

Wir werden auch in Zukunft daran arbeiten, dass Arbeitsplätze, Forschung, Entwicklung und Wertschöpfung in Wien erhalten bleiben.

Maßnahmen:

- Wahlmöglichkeit erhalten – wer mit dem Auto fahren muss, soll das auch können – Keine Verschlechterung beim Pendlerpauschales
- Park-and-Ride-Möglichkeiten ausbauen
- Zeitproblematik beim Pendeln lösen
- Homeoffice forcieren – Anspruchsvoraussetzungen für das Pendlerpauschales erleichtern
- Sachbezug bei Dienstautos neu regeln
- E-Autos leistbarer machen, auch für Privatpersonen
- Ausbau der U-Bahn bis an die Stadtgrenze

Sicherheit, Recht & Verfassung

Verfassung

Unsere Verfassung ist mehr als bloß beschriebenes Papier. Sie ist die Grundlage für unser Zusammenleben, gleichsam die Hausordnung für alles, was in unserer Republik tagtäglich vonstattengeht. Sie schenkt uns Stabilität und Kontinuität.

Den (gedanklichen) Kern unserer Verfassung bildet dabei die Würde des Menschen, welche in unserer Verfassung im Gegensatz zum deutschen Grundgesetz und zur Europäischen Grundrechtecharta zwar nicht abgebildet ist, aber gerade für uns als christlich-soziale Arbeitnehmerbewegung ist die Würde des Menschen unantastbar und auch unverrückbar. Sie ist kein Teil des Gestaltens, sondern wir gestalten um sie herum. Aufgrund der unüberbrückbaren Gegensätze in der Gesellschaft am Ende des Ersten Weltkrieges hat Hans Kelsen unsere Verfassung auch auf checks and balances – einem System zur Herstellung und Aufrechterhaltung staatlicher Gewaltenteilung – aufgebaut. Mit der Menschenrechtskonvention und der Europäischen Grundrechtecharta folgen die Grundordnungen in Europa dem Grundrespekt gegenüber dem Menschen. Diesem Grundrespekt wollen auch wir folgen, wenn wir Kelsens Werk fit für die Mitte des 21. Jahrhunderts machen.

Dabei geht es auch um viele Kompromissfindungen und Abwägungen, wenn Interessen in Konflikt zueinander stehen: Wer Sicherheit will, muss meistens Freiheit

opfern und umgekehrt. Bundesinteressen bilden immer wieder einen Kontrast zu jenen der Länder oder Gemeinden. Junge und alte Menschen haben unterschiedliche Vorstellungen von Generationengerechtigkeit.

Es ist die Aufgabe der Politik, einen Konsens zu finden und diese Abwägungen mit Bedacht zu führen.

Unsere Verfassung bildet das Grundfundament, auf dem wir das Haus unserer Gesellschaft aufbauen – wird beim Keller „gepfuscht“, fehlt es dem Haus an Stabilität und es droht in stürmischen Zeiten einzubrechen. Deshalb sind auch wir alle, die wir in diesem Haus wohnen, davon abhängig, ob wir auf stabilem Fundament stehen oder auf lockerem Boden.

Diese Sensibilität müssen wir uns immer wieder ins Bewusstsein rufen, wenn wir versuchen, für Verfassungsfragen passende Antworten zu finden. Wie alles Menschengemachte ist unsere Verfassung nicht perfekt – vielleicht gerade deswegen, weil sie eher zeitlos wirken möchte. In dem Spannungsfeld der sich verändernden Wertehaltungen und dem Hervorkommen neuer Problemfelder soll Verfassung stets kritisch hinterfragt, aber niemals leichtfertig verworfen oder verändert werden.

Maßnahmen:

- Werte als Basis unseres Zusammenlebens
- Verantwortung neu denken
- Mehr Vertrauen zwischen den Institutionen schaffen
- System der checks and balances erhalten
- Für die Würde des Menschen – Verfassungsmäßige Grundrechte auch im digitalen Raum garantieren

Rechtstaat

Unsere Rechtsordnung garantiert den Österreicherinnen und Österreichern unveräußerliche Rechte und freie Entfaltung sowie die Sicherheit, dass der Staat ihre Rechte schützt. Freiheit ist die Grundlage unseres Rechts- und Demokratieverständnisses. Die persönliche Freiheit hat dort ihre Grenzen, wo sie die Freiheit anderer einschränkt. Der Staat darf die Grundrechte und bürgerlichen Freiheiten des Einzelnen nur dort begrenzen, wo der Missbrauch dieser Rechte die

Freiheitsräume anderer oder der Gemeinschaft verletzen würde. Die Menschen sollen sich hierauf jederzeit verlassen können.

Diese staatliche Ordnung muss Ergebnis demokratischer Entscheidungsabläufe sein und muss durch den demokratischen Willen der Bürgerinnen und Bürger legitimiert sein. Nur so kann der Rechtsstaat für die Stabilität der Demokratie garantieren. Es ist Aufgabe des Staates, die Rechtsordnung entschlossen durchzusetzen, Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten und der Bürgerin bzw. dem Bürger Glaubwürdigkeit und Sicherheit zu vermitteln.

Unsere Rechtsordnung muss daher einfach, transparent und klar verständlich sein. Sie muss klare Spielregeln für jede und jeden vorgeben, unabhängig davon, wo sie bzw. er herkommt. Aufgabe unseres Staates ist es, diese Regeln konsequent durchzusetzen.

Die österreichische Justiz bildet das Fundament unseres Rechtsstaates. Die Unabhängigkeit der Justiz ist für uns ein hohes Gut, das es zu schützen gilt. Wir verurteilen jede politische Einmischung in Angelegenheiten der unabhängigen Rechtsprechung. Jeder Fall muss ohne Ansehen der Person restlos aufgeklärt werden und es darf keinen Unterschied machen, gegen welche Person ermittelt wird.

Der Öffentliche Dienst ist der Garant für ein funktionierendes Gemeinwesen und für den intakten Rechtsstaat. Die Lebensqualität ist hierzulande so hoch wie in kaum einem anderen Land. Dass Österreich ein sicheres und lebenswertes Umfeld bietet, verdanken wir zu einem großen Teil den herausragenden Leistungen der Kolleginnen und Kollegen des Öffentlichen Dienstes in allen Bereichen. Denn kein Politikfeld kann ohne diese Leistungen funktionieren. Gerade die Corona-Krise hat gezeigt, dass der Öffentliche Dienst unter schwierigsten Rahmenbedingungen größten Einsatz und einen wesentlichen Beitrag zur Pandemiebewältigung geleistet hat. Die Bürgerinnen und Bürger können sich darauf verlassen, dass der Öffentliche Dienst einheitlich hohe Qualitätsstandards bei der Leistungserbringung bietet. Daher ist es wichtig, diesen mit den erforderlichen Personal- und Sachressourcen auszustatten, damit die qualitativ hochwertige Arbeit auch weiterhin gewährleistet werden kann.

Für uns als ÖAAB ist es wesentlich, dass die Grund- und Freiheitsrechte durch den Rechtsstaat garantiert sind. Österreich trat der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) im Jahr 1958 bei. Ihnen kommt in Österreich seit dem Jahr 1964 der Rang von Verfassungsrecht zu. Die Rechte der

EMRK stellen daher für die österreichischen Gerichte und Verwaltungsbehörden unmittelbar anwendbares Verfassungsrecht dar und können vor diesen und schließlich auch vor dem Verfassungsgerichtshof durchgesetzt werden. Die Bedeutung und der Inhalt der einzelnen Grundrechte haben sich allerdings im Wandel der Zeit und dem damit verbundenen Wandel der Gesellschaft entsprechend verändert. Dieser Veränderung müssen wir durch eine kritische Diskussion des Grundrechtskataloges Rechnung tragen. Auch muss die Frage erörtert werden, wie und wodurch neue Grundrechte entstehen – Stichwort Klimaschutz.

Maßnahmen:

- Einfache Sprache in der Gesetzgebung und in der Rechtsprechung
- Übernahme von Prozesskosten in strafrechtlichen Prozessen bei Freispruch durch den Bund
- Durchsetzbares Recht auf Datenlöschung im Internet

Sicherheit

Sicherheit ist ein elementares Grundbedürfnis der Menschen: Ohne Sicherheit gibt es kein gesellschaftliches Leben, keine Wirtschaft und keinen Wohlstand. Denn Sicherheit berührt alle Lebensbereiche. Der Wunsch nach Sicherheit ist in unserer Gesellschaft stets gegenwärtig. Schließlich ist Sicherheit die Stütze unserer Freiheit. Es ist die zentrale Aufgabe des Staates, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu garantieren und über die Politik die notwendigen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.

Recht und Ordnung sind die Alternative zu Willkür und Gewalt und damit Voraussetzung für die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen, dass die Menschen in unserem Land ohne Angst leben können: ohne Angst um ihr Leben, ohne Angst um ihre Kinder, ohne Angst um Wohnung, Haus und Hof, ohne Angst um ihre Zukunft. Wir wollen die Einzelne und den Einzelnen, insbesondere die Schwachen in der Gesellschaft, genauso schützen wie die Privatsphäre, das Eigentum. Wir wollen ein Miteinander auf Basis des gegenseitigen Respekts.

Die in der Verfassung und im EU-Primärrecht verankerten Rechte und Pflichten bilden die Grundlage für ein gutes, sicheres Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen kulturellen oder religiösen Prägungen. Sie gelten ausnahmslos für

alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Daher müssen sie etwa auch in der Familie, im Schulunterricht oder in Religionsgemeinschaften respektiert werden. Dafür brauchen wir einen durchsetzungsstarken Rechtsstaat und eine Polizei, die auf den Straßen sichtbar ist und für Ordnung sorgt.

Der inneren Sicherheit kommt eine überragende Bedeutung zu. Österreich ist, dank unserer Exekutive, eines der sichersten Länder der Welt, hier ist es möglich, in Freiheit und sozialem Frieden zu leben. Zu diesem Zweck bekennt sich der ÖAAB zu einer starken Exekutive zum Schutz der Grund- und Freiheitsrechte der Menschen, die in Österreich leben.

Zu beachten sind dabei vor allem Herausforderungen in den Bereichen Extremismus und Terrorismus, Daten- und Informationssicherheit, Cybersicherheit, Cyberkriminalität, Schutz kritischer Infrastrukturen, illegale Migration sowie international agierende Kriminalität und Korruption – Phänomene, die in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen haben. Dazu kommt die erhöhte Wahrscheinlichkeit von natürlichen oder vom Menschen verursachten Katastrophen.

Um die innere Sicherheit Österreichs auf dem derzeitigen hohen Niveau weiterhin gewährleisten zu können – und mit ihr das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung –, benötigen wir Polizistinnen und Polizisten, die mit den notwendigen Mitteln und Befugnissen ausgestattet sind, um Verbrechen jeglicher Art wirkungsvoll bekämpfen zu können. Hierfür braucht es einen notwendigen Ausbau der technischen Ermittlungsmöglichkeiten für die Sicherheitsbehörden. Die Polizei und auch die Justiz brauchen Instrumente, um dem Verbrechen und dem Terror stets einen Schritt voraus zu sein und die öffentliche Sicherheit schützen zu können.

Auf die in den kommenden Jahren anstehende Pensionierungswelle bei der Polizei müssen wir uns jetzt vorbereiten. Dafür müssen wir attraktive Rahmenbedingungen schaffen, die mehr junge Menschen dazu bringen, in den Polizeidienst einzutreten. Auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss im Polizeidienst verbessert werden.

Sicherheit ist Voraussetzung für Lebensqualität. Die Glaubwürdigkeit des Rechtsstaates und die Gewährleistung des Schutzes grundlegender Rechtsgüter hängen von den Rahmenbedingungen ab, die die Politik schafft.

Maßnahmen:

- Die Polizei braucht gute Arbeitsmittel, um gute Arbeit leisten zu können
- Verstärkte Kooperation zwischen Justiz und Exekutive ermöglichen
- Ausbau des Projekts „Gemeinsam.sicher“
- Einführung von verpflichtenden Anti-Gewalttrainings in der Schule
- Blackout-Vorträge in Schulen, Gemeinden und Betrieben und Ausbau der Strominfrastruktur
- Klare Regeln auf Europäischer Ebene in Fragen der Migration und Integration

Landesverteidigung

Die Republik Österreich als Teil der Europäischen Union ist ein wirtschaftlich starkes, lebenswertes und prosperierendes Land. Als Land im Herzen eines friedlichen Europas, umgeben von befreundeten Ländern und sozialem Frieden im Inneren, wurde Österreich gerne als „Insel der Seligen“ bezeichnet. Die Realität hat gezeigt, dass Krisen die Sicherheit Österreichs beeinträchtigen können – wie Terroranschläge, Pandemien oder Blackouts. Auch durch den Klimawandel bedingte Naturkatastrophen können trotz massiv gesteigerten Engagements für den Klimaschutz in den kommenden Jahren und Jahrzehnten immer häufiger auftreten und schwerer werden. Regionale Konflikte, welche konventionell oder mittels asymmetrischer Kriegsführung ausgetragen werden, können ebenso Auswirkungen auf die Sicherheit Österreichs haben. Dabei ist eine Destabilisierung der Gesellschaft durch Fake-News oder Angriffe auf Computersysteme und Netzwerke als Teil einer asymmetrischen Kriegsführung in Betracht zu ziehen, dessen Ziel Verunsicherung der Bevölkerung durch Beeinträchtigung der Sicherheit ist. Das österreichische Bundesheer war in der Vergangenheit und wird auch in der Zukunft Garant für diese Sicherheit sein und bleiben.

Als ÖAAB sehen wir die militärische Landesverteidigung durch das österreichische Bundesheer als eine der wichtigsten Garantien zur Aufrechterhaltung der Souveränität der Republik Österreich und zum Schutze der Bevölkerung. Das Bedrohungspotenzial und die möglichen Bedrohungsszenarien unterliegen einem fortlaufenden Wandel. Als

ÖAAB setzen wir uns deshalb für eine umfassende Landesverteidigung (militärisch, geistig, zivil und wirtschaftlich) ein, die in ein Konzept der umfassenden Sicherheitsvorsorge eingebettet ist.

Im Zentrum steht ein modernes, weiterentwickeltes, vielseitig einsetzbares österreichisches Bundesheer, dessen Kernaufgabe die militärische Landesverteidigung ist, und das den Herausforderungen der Gegenwart, aber auch den Bedrohungen der Zukunft kompetent begegnet. Es ist nicht nur Garant für die Umsetzung der militärischen Landesverteidigung, verlässlicher Partner bei der Unterstützung der zivilen Behörden, sondern leistet auch Hilfe in Katastrophen; es ist ein moderner Dienstgeber in vielfältigen Berufszweigen.

Es schafft die Grundlage für die geistige Landesverteidigung, für ein starkes Bewusstsein sowohl dafür, warum militärische Landesverteidigung auch in der heutigen Zeit einen wichtigen Stellenwert haben muss, als auch dafür, was wir letztendlich damit verteidigen wollen: unsere Freiheit, unsere westlichen Werte und nicht zuletzt unsere Demokratie.

Deshalb bekennen wir uns als neutrales Land zum Österreichischen Bundesheer als Sicherheitsgarantie und zur umfassenden Landesverteidigung entsprechend der Österreichischen Bundesverfassung sowie zur allgemeinen Wehrpflicht gemäß dem Ergebnis der Volksbefragung vom 20. Jänner 2013.

Die Sicherstellung einer umfassenden Sicherheitsvorsorge und die in ihr eingebettete umfassende Landesverteidigung erfordern ein leistungsfähiges, hochtechnologisch ausgestattetes und damit vielseitig einsetzbares Bundesheer.

Deshalb muss sichergestellt sein, dass das Bundesheer ausreichend finanziell, personell und materiell ausgestattet ist, um weiterhin den Herausforderungen der Gegenwart, aber auch den Bedrohungen der Zukunft kompetent begegnen zu können. Es ist daher erforderlich, die Einsatzfähigkeit unseres Bundesheeres im In- und Ausland zielorientiert zu verbessern. Wesentlich ist, dass das aktuelle Mischsystem mit präsenten Soldaten, Grundwehrdienern und Milizsoldaten gestärkt und ausgebaut wird.

Darüber hinaus sollen neben den bisherigen und zukünftigen militärischen Bedrohungsszenarien auch Schwerpunkte auf die Bereiche Krisen- und Katastrophenmanagement sowie neue Bedrohungsbilder wie etwa Cyberattacken

gelegt werden. Darum gilt es, auch das staatliche Krisen- und Katastrophenmanagement auf die neuen Herausforderungen vorzubereiten und dadurch eine Steigerung der Resilienz Österreichs zu gewährleisten.

Maßnahmen:

- Zukunftsfähige Struktur für ein zukunftsfähiges Bundesheer
- Ausbau von Kasernen zu autonomen Einheiten für den Ernstfall
- Attraktivierung des Dienstes beim Österreichischen Bundesheer
- Attraktivierung des Grundwehrdienstes
- Stärkung und Ausbau des Milizsystems

Europa und Regionen

Die Europäische Union ist eine einmalige Erfolgsgeschichte, die den Mitgliedsstaaten die bisher längste Friedensperiode in der europäischen Geschichte ermöglicht hat. Sie hat auch dafür gesorgt, dass die Bürgerinnen und Bürger in Wohlstand leben können. Europa ist aber nicht nur ein Kontinent mit viel Vergangenheit, sondern hat auch großes Potenzial für die Zukunft. Das spüren wir jeden Tag. Europa bietet die Chance für Regionen wie Wien, gemeinsam die Herausforderungen der Gegenwart, aber auch der Zukunft besser meistern zu können. Klar ist für uns auch: Die Europäische Union muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt.

In Sicherheit und in Freiheit zu leben, ist ein zentrales Bedürfnis der Menschen. Sicherheit, Frieden und Freiheit bedeuten Lebensqualität und müssen ständig aufs Neue erarbeitet werden. In einem geeinten Europa können diese Herausforderungen gemeinsam bewältigt werden. Es braucht eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, um die Erfolgsgeschichte des Friedensprojekts Europäische Union weiterschreiben zu können.

Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft, deren Wurzeln in den Errungenschaften der Aufklärung, im christlichen Menschenbild und in den humanistischen Traditionen liegen. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, soziale Gerechtigkeit und Toleranz sind die Grundpfeiler der Europäischen Union. Diese gilt es zu schützen und zu erhalten.

Dort, wo es ein gemeinsames europäisches Vorgehen braucht, soll die Europäische Union gestärkt werden. Hingegen sollen dort, wo kein Mehrwert durch europäische Regelungen gegeben ist, Gemeinden, Landtage und nationale Parlamente weiterhin voll ihre Verantwortung wahrnehmen. So verstehen wir gelebte Subsidiarität in Europa. Wir sagen ganz klar: Vorrang für die kleinen Einheiten.

Österreich ist seit über 25 Jahren Mitglied in der Europäischen Union und seit unserem Beitritt profitieren wir von Zusammenhalt und Gemeinschaftsgedanken. Die Corona-Krise hat deutlich gemacht, dass dieser Zusammenhalt essentiell ist. Kein Land kann für sich allein globale Krisen meistern. Wir brauchen einen europäischen Schulterschluss, um die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt in ganz Europa wieder in Schwung zu bringen. Zwei Drittel unseres Wohlstands sind von Exporten abhängig – 80 Prozent davon innerhalb Europas. Die Jobs der Zukunft werden von der Politik der Europäischen Union geprägt. Da gibt es Chancen, aber auch Risiken, vor denen wir unsere heimischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schützen müssen.

Wir brauchen die Europäische Union, um auf die großen Herausforderungen der Gegenwart, wie dem Klimawandel, der Migrationskrise oder der Digitalisierung, eine effektive Antwort geben zu können. Verglichen mit der Zeit von Robert Schuman geht es also heute um einen Paradigmenwechsel von der „Binnenorientierung“ zur „Weltorientierung“. Anstatt uns auf die „Schaffung einer immer engeren Union“ nach innen zu beschränken, müssen wir in Anbetracht neuer geopolitischer Herausforderungen den Schwerpunkt auf die Schaffung einer handlungsfähigen Union nach außen legen. Eine Europäische Union, die in der Lage ist, auf die großen Fragen unserer Zeit gemeinsame Antworten zu geben.

Maßnahmen:

- Eine Europäische Union, die krisenfester ist
- Eine Europäische Union, die Arbeitsplätze schafft und soziale Mindeststandards garantiert
- Eine Europäische Union, die den Klimawandel gemeinsam mit den globalen Partnern effektiv bekämpft
- Eine Europäische Union, die Europa in die Gemeinden bringt
- Eine Europäische Union, die nach außen mit einer Stimme spricht
- Eine Europäische Union, die schützt
- Eine Europäische Union, die sich für umfassende internationale Handelsabkommen einsetzt und gleichzeitig den Wirtschaftsstandort Europa absichert
- Eine Europäische Union, die durch gemeinsame Werte integriert